

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Engagement-Strategie für Berlin – Ehrenamt fördern und vor Ort stärken

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, als einen Baustein zur Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements in Berlin eine Landes-Engagement-Strategie zu erarbeiten. Diese soll ressortübergreifend und mit den Bezirken und den Berliner*innen in einem partizipativen und öffentlichen Beteiligungsprozess erarbeitet werden.

Elemente der Strategie sollen sein:

- die Weiterentwicklung, Verstetigung und angemessene Finanzierung der Anerkennungskultur, z.B. Freiwilligenpass und Ehrenamtskarte sowie die Stärkung der Engagementstrukturen wie Freiwilligenagenturen unter Berücksichtigung der bereits bestehenden, unterschiedlichen Strukturen,
- die Etablierung von bezirklichen Beauftragten für bürgerschaftliches Engagement in den Bezirken,
- die Überprüfung der Zugangswege und der Abbau von Zugangshindernissen, vor allem für bisher unterrepräsentierte Gruppen, junge Menschen, Migrant*innen und Geflüchtete,
- die Prüfung und Verstärkung der Aus- und Fortbildungsangebote im Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements und des Ehrenamts für Politik, Berliner*innen und Verwaltung,
- der Aufbau von Instrumenten des Erfahrungsaustauschs von Senat und Bezirken zur Information und Vernetzung, auch mit anderen deutschen und europäischen Metropolen.

Dabei sollen Akteur*innen, zivilgesellschaftliche Organisationen und bereits bestehende, unterschiedliche Strukturen und Maßnahmen zur Entwicklung einer offenen Kooperationskultur und Vernetzung zwischen Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft einbezogen werden.

Ein Ergebnis des Arbeitsprozesses soll die Überarbeitung und Aktualisierung der im Jahr 2004 verabschiedeten „Berliner Charta zum Bürgerschaftlichen Engagement“ sein. Dabei soll an das 2016 ausgearbeitete Papier „Zukunft der Berliner Engagementlandschaft“ angeknüpft werden.

Die landeseigene Berliner Engagementplattform „bürgeraktiv Berlin“ als zentrale Informations- und Vermittlungsplattform ist einzubeziehen und weiter zu entwickeln.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 31.8.2019 ein Zwischenbericht vorzulegen.

Begründung:

Der Ausschuss Bürgerschaftliches Engagement im Abgeordnetenhaus von Berlin ist im Jahr 2013 eingerichtet worden. Ziel war es, das wichtige und vielfältige Engagement der Berliner*innen in den verschiedensten Lebensbereichen anzuerkennen, als Querschnittsaufgabe zu vermitteln, in den politischen Diskurs einzubeziehen und vor allem zu stärken.

Als Zwischenfazit nach vier Jahren Ausschussarbeit lässt sich festhalten, dass eine landesweite und ressortübergreifende Gesamtstrategie zur nachhaltigen Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements benötigt wird.

Was in Berlin das Engagement seiner Bürger*innen zum Zusammenleben beiträgt, ist nie so deutlich geworden wie in den Willkommens-Initiativen zur Unterstützung von Geflüchteten.

Die Aufmerksamkeit auf deren großartige Arbeit hat einen enormen Schub in der Diskussion über freiwilliges Engagement im Allgemeinen ausgelöst und der vielfältigen Engagementlandschaft in Berlin eine größere Beachtung beschert. Gleichzeitig wuchs aber auch der Respekt vor den komplexen Prozessen. Gerade Berlin als eine Stadt im stetigen Wandel, steht hier vor großen Herausforderungen.

Um diese zu bewältigen und um unsere sozial lebendige und solidarische Gesellschaft zu stärken, ist Bürgerschaftliches Engagement notwendig. Dieses Engagement in seiner Vielfalt zu stärken und die Anerkennung der ehrenamtlichen Arbeit sichtbarer zu kommunizieren, ist Ziel der partizipativ zu erarbeitenden Engagementstrategie. Beteiligt werden sollen:

- die Zivilgesellschaft, darunter Organisationen, Initiativen, Verbände, Stiftungen, Vereine (u.a. Landesnetzwerk für Bürgerschaftliches Engagement, Nachbarschaftsheimen, Migrant*innenselbstorganisationen, Behindertenorganisationen, Selbsthilfeinitiativen, Willkommensinitiativen für Geflüchtete),
- unabhängig von Organisationen engagierte Menschen,
- verschiedene gesellschaftliche Gruppen (u.a. Kinder und Jugendliche, Senior*innen, Erwerbstätige und Erwerbslose),
- Vertreter*innen aus Politik (Mitglieder des Abgeordnetenhauses und der Bezirksverordnetenversammlungen),
- Vertreter*innen aus der Verwaltung (Land und Bezirke),

Die Länder Baden-Württemberg und Hamburg sind mit gutem Beispiel vorangegangen und haben erfolgreich eine Engagement-Strategie entwickelt – sie sind jetzt in der Umsetzungsphase. Dem sollte Berlin nun folgen.

Berlin, d. 04. Dezember 2018

Saleh Radziwill
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Bluhm U. Wolf Klein
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Kahlefeld
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen